



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/266 - 15.11.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Neofaschisten - wertvollste Hilfstruppe Moskaus	S. 1
Schwäche, durch "Friedenspropaganda" getarnt	S. 3
Eine Flugplatzanlage in Baden-Baden	S. 5

## Neofaschismus droht mit Mord

A-ler. Ein "Femegericht" hat den Chefredakteur der "Hannoverschen Presse", Wilhelm Korpeter, zum Tode durch den Strang verurteilt. Diese freche Drohung ist nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Wir erinnern: In den Jahren 1922-25 wurde mit einer Kette feiger Morde an führenden Demokraten und Republikanern die Barbarisierung des politischen Lebens in Deutschland eingeleitet. Jetzt gilt es, den Anfängen zu wehren.

Ist der Neofaschismus wirklich oder schon wieder eine Gefahr? Die Gefahr liegt weniger in einer Wiedervergiftung unseres Volkes. Es hat sich in großen und ganzen als immun gegen neuerliche braune Ansteckung erwiesen. In Bremen bekam die SRP kümmerliche sieben Prozent aller Stimmen, in Wolfsburg, der einstmaligen klassischen Stadt des deutschen Rechtsradikalismus, verlor sie innerhalb eines halben Jahres stark an Boden. Das deutsche Volk lehnt die traurigen Epigonen des Nationalsozialismus ab. Ihre schändliche Vergangenheit schreckt ab.

Die Gefahr liegt vielleicht weniger innerhalb, als außerhalb unseres Volkes. Jede Grabmalschändung, jeder Flaggenfrevler und jede Versammlung dummdreister Lausejungen und ihrer Verführer wird von uns nicht gut gesinnten Ausländern als willkommenes Zeichen der "Unverbesserlichkeit des deutschen Volkes" ausgeschlachtet. Der Kreml und die von ihm gesteuerten kommunistischen

Parteien, wahre Spezialisten der Deutsch-Feindlichkeit, operieren auf internationaler Ebene mit dem deutschen Rechtsradikalismus als ihrer wertvollsten Hilfstruppe. Diese muß erhalten, um die These für die Verewigung von Yalta und Potsdam und der dauernden politischen Ohnmacht des deutschen Volkes zu stützen. Französische Kreise stürzen sich mit Wonne auf jedes Anzeichen neofaschistischer Strömungen; sie geben den Vorwand, der Bundesrepublik die Gleichberechtigung zu verweigern und den Glauben an ein gefährliches Deutschland in politisches Kapital umzuschlagen. Ein Netz von Querverbindungen, materiell untermauert, zieht sich von den diversen neofaschistischen Gruppen bis nach Karlshorst und über den Rhein. Nur zu gut weiß Moskau, daß die Dorls und die Westarp, die Remer und die Richter sein Spiel spielen. Und es schätzt diese Bundesgenossenschaft. Erst kürzlich erging an die Kommunisten in Bremen die Anweisung, jede Händel mit den Rechtsradikalen zu unterlassen.

Es bestehen nicht nur dunkle Querverbindungen zwischen Kommunisten und Neofaschisten; gefährlicher, weil unsichtbarer und in ihren Auswirkungen nicht abzuschätzen, ist die Anfälligkeit bestimmter bürgerlicher Parteien und einflußreicher Persönlichkeiten. Das geht bis in die CDU hinein. In Niedersachsen gingen die CDU-DP, vereinigt in der Niederdeutschen Union, mit der SRP nur deshalb keine Koalition ein, weil gegen diese eine Klage beim Verfassungsgericht läuft. Aus "außenpolitischen Gründen" wäre eine solche Koalition noch nicht tragbar gewesen, - hieß es damals in DP-Kreisen... In dem gleichen Niedersachsen forderte ein FDP-Abgeordneter, Hedegott, im Landtag die Aufhebung des Verbots von Naziliedern, und es ist nicht bekannt, daß sich diese Partei, die in Professor Heuß, einem profilierten Demokraten, den Bundespräsidenten stellte, von Hedegott distanziert hat.

Der innere Widerspruch der Bonner Koalition und der sie tragenden Parteien - mangelnde Entschlossenheit gegen die totalitären Staatsfeinde im Innern bei gleichzeitiger Anbiederung an den Westmächte bisher eine wirksame Bekämpfung des neonazistischen Unfugs unmöglich. Diese zwiespältige Haltung gibt allen bisher getroffenen Maßnahmen den Charakter von Halbheiten. Von einem Kanzler, der Kommentatoren zu Nürnberger Rassegesetzen in höchste Staatsstellen berief oder von einem Bundesminister, der frühere Gauleiter als Wahlleiter für seine Partei bestellt, kann man nicht die notwendige Bereinigung des öffentlichen Lebens von rechtsradikalen Demagogen und Volksverderbern erwarten.

Die SPD-Fraktion wird im Bundestag demnächst die Regierung sehr nachdrücklich an ihre versäumten Pflichten erinnern und verlangen, daß dem Treiben notorischer Staatsfeinde Einhalt geboten wird. Auch das Kabinett hat auf seiner letzten Sitzung, wohl unter dem bösen Eindruck, den die letzten Vorfälle in Niedersachsen im Ausland hinterließen, schärfere Schritte angekündigt. Wenn es nicht bei bloßer Schaumschlägerei bleiben sollte, müßte es den moralischen und politischen Mut zum Zuschlagen haben. Darüber ginge allerdings die Koalition in die Brüche. Deshalb wird es nicht so weit kommen ...

Die sowjetische "Friedensoffensive"

Von Bruno Kalnins, Stockholm

Schon zwei Monate rollt über die ganze Sowjetunion eine neue und gewaltige kommunistische Friedenskampagne. Nach außen hin wird diese Kampagne von einer besonderen Friedensorganisation getragen. Ihre Mitglieder sind meistens keine aktiven Politiker und Staatsmänner. Man hat sie hauptsächlich aus den Kreisen der Schriftsteller, Wissenschaftler, Künstler und Lehrer zusammengesetzt. Auch die hohen Würdenträger der mit der Sowjetdiktatur kollaborierenden orthodoxen, lutheranischen und katholischen Kirchen sind mitgenommen. Diese Tarnung ist gewählt worden, um nach außen hin die ganze Aktion als eine angeblich von der kommunistischen Partei unabhängige Sache des gesamten Sowjetvolkes darzustellen.

Was sollen die russischen Massen auf Befehl Stalins unterzeichnen? Die wichtigsten Forderungen sind der Abschluß eines Friedensvertrages zwischen den fünf Großmächten, die friedliche Lösung der Probleme des Fernen Ostens, die Herabsetzung der bewaffneten Kräfte, das Verbot der Atomwaffe und der Kriegspropaganda. Nun, diese Forderungen hätte man schon längst verwirklicht, wenn nicht gerade die Sowjetunion selbst bisher alle internationalen Konferenzen sabotiert und gesprengt hätte.

Die Sowjetunion hat nach dem Kriege viel weniger als die Westmächte abgerüstet und ihre Armee ist heute noch immer die größte der Welt. Sie müßte daher selbst mit der Herabsetzung ihrer eigenen Landstreitkräfte beginnen. Es hat keinen Wert, das Verbot der Kriegspropaganda zu fordern, wenn gerade die Sowjetunion in den Schulen 24 paramilitärische Formationen täglich eine militärische Propaganda führt, die Millionen von Sowjetbürger bearbeitet. Noch am 26. September meldete die "Iswestija", daß die "freiwilligen Verbände der militärischen Massennarbeit - DOSARM, DOSAW und DOSELOT" in einem neuen "vereinigten Verband für die Unterstützung der Armee, Luftfahrt und Flotte, der künftig den Namen DOSAAF tragen wird, zusammengefaßt sind". Der Präsident des DOSAAF, Generaloberst W.J. Kusnezow, erklärte, daß die Organisation Hunderttausende von

militärischen Spezialisten : : : und durch den Zusammenschluß größere Möglichkeiten für die sowjetische Wehrpropaganda erhalten habe. Wollte die Sowjetregierung ernstlich das Verbot der Kriegspropaganda, dann müßte sie doch diesen DOSAAF auflösen. Was nun zuletzt die Atomwaffe betrifft, so macht die Sowjetregierung die größten Anstrengungen, um den Vorsprung der Westmächte auf diesem Gebiet einzuholen und lehnt hartnäckig jede Kontrolle über die Atomproduktion ab.

Warum hat Stalin und sein Politbüro überhaupt diese "Friedensaktion" eingeleitet? Man will die Sowjetdiktatur fälschlich als eine "Friedensmacht" darstellen und gleichzeitig die Westmächte kompromittieren. Die kommunistische "Friedensaktion" ist eine Friedensoffensive, die die breiten Volksmassen Rußlands verwirren und für die kommunistische Politik gewinnen soll. Unter den unfreien Verhältnissen der totalitären Diktatur und bei der vollständigen Isolation vom Auslande kann eine solche Propaganda eine starke Wirkung auf die russischen Volksmassen haben.

Ferner ist die letzte Aktion auch als ein Ausdruck der sowjetischen Schwäche zu betrachten. Stalin weiß, daß trotz ihrer großen Armee die Sowjetunion militärisch und wirtschaftlich schwächer als die demokratischen Westmächte ist. Er hat Angst, daß er einen neuen Weltkrieg verlieren müßte und daß dann auch die kommunistische Diktatur vernichtet würde. Daher seine vorsichtige Politik im kalten Krieg, in der die Sowjetunion zwar die Satellitenstaaten und die kommunistischen fünften Kolonnen vorschickt, es aber selbst vermeidet, sich in internationale Konflikte direkt einzumischen. Der Welt soll gezeigt werden, daß die Sowjetunion den kalten Krieg nicht in einen dritten Weltkrieg überführen will. Die sowjetische Schwäche wird also durch eine lärmende Friedenspropaganda getarnt.

+ + +

#### Auf den Kommunismus vereidigt

(sp) Nachdem Ende September in einem "Friedenskongreß der katholischen Geistlichkeit" in Prag die Priester der römischen Kirche auf den Kommunismus vereidigt worden waren, hat die Prager Regierung nunmehr auch die evangelischen Pfarrer des Augsburger Bekenntnisses auf die politischen Ziele Moskaus und die Unterstützung der kommunistischen Friedenskämpferbewegung festgelegt. Der äußere Anlaß dazu war die Einführung eines neuen evangelischen Bischofs, bei welcher Gelegenheit die Geistlichen konkrete Verpflichtungen eingehen mußten.

+ + +

Musterbeispiel Baden - Baden

R.G.H. ~ Baden-Baden

Als in den ersten Tagen des November die Nachricht von dem bereits begonnenen Bau eines Flugplatzes für 40-Tonnen-Düsenbomber unmittelbar vor den Toren Baden-Badens die Stadt durcheilte, war jedem klar, daß dies eine tödliche Bedrohung des weltbekannten Kurortes bedeute. Daß das Projekt außerdem die Trinkwasserversorgung vernichtet, verschärft die Situation.

Die Tatsache, daß es möglich war, ohne vorherige Information irgendwelcher deutscher Stellen diese Planung in Angriff zu nehmen, zeigt deutlich, daß es Kreise gibt, die deutschen Boden als eine Art Kolonialland betrachten. Wenn es freilich richtig ist, daß das europäische Hauptquartier in Fontainebleau den Auftrag erteilt hat, die Auswahl der zu errichtenden Flugplätze im Benehmen mit den deutschen Stellen zu vollziehen, dann wäre die Nichtbeachtung dieser Weisung von höchster Stelle umso schlimmer. Die Dienststelle Blank hat nunmehr auf Weisung des Bundeskanzlers erklärt, sie lehne jede weitere Mitarbeit an dem Aufbau der vorgesehenen Anlagen ab, sofern nicht eine entsprechende Änderung bei der Durchführung der geplanten Maßnahmen eintrete.

Der Flugplatz ist ein Stück der strategisch geplanten europäischen Abwehr, er wäre indessen, vollendet, ein Vorgriff. Er bezieht zwar nicht deutsche Düsenbomber, deutsche Düsenjäger in die Verteidigungsfront ein, wohl aber deutschen Boden und deutsche Menschen, deren wirtschaftliches Schicksal eng mit diesem Boden verknüpft ist. Man kann vielleicht sagen: Was sich bei Baden-Baden vollziehen soll, geschieht schon anderwärts. Aber in der politischen Optik würde die Errichtung des, wie es heißt, "modernsten europäischen Flugplatzes" auf dem Gelände des weltbekannten deutschen Kurortes einen besonders penetranten Eindruck machen.

Zu den wirtschaftlichen Hintergründen ist zu sagen, daß nach eigener Mitteilung der Kölner Baufirma Strabag bei diesem Geschäft Tagesprämien von hunderttausend Mark als sicherer Zusatzgewinn in Aussicht stehen. Das ist selbst für großkapitalistische Rüstungsgewinnler ein fetter Brocken. Wie sehr die Lockung der Großen zur Bereitschaft der Kleinen wird, zeigt die Tatsache, daß sofort Baden-Badener Baufirmen versuchten, sich auch in das große Geschäft einzuschalten. Und wenn dabei von amtlicher Seite von "korruptiven Machenschaften" gesprochen werden konnte, dann ist auch dies ein Beweis für die alte Wahrheit: Non olet!

Wenn es um dicke Profite geht, werden kulturelle Werte bedeutungslos; da spielt das Schicksal einer weltbekannten Bäderstadt ebenso wenig eine Rolle, wie das einer Landschaft, die seit über hundert Jahren für die ganze Welt offen ist.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau